

Deutschland und die Iran-Krise

Anderthalb Monate nach Beginn des US-Israelischen Luftkrieges gegen Iran verkündete Präsident Trump nun einen zweiwöchigen Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen. Beide Seiten haben Pläne, die zu einem dauerhaften Frieden führen sollen. Noch vor wenigen Tagen hatte Trump versprochen, dem Iran die Hölle auf Erden zu bereiten, Kraftwerke und Brücken zu zerstören und gedroht, das Land zu vernichten, wenn „die iranischen Bastarde“ die Straße von Hormus nicht öffnen. Strategisch hat die „stärkste Armee der Welt“ nichts erreicht, ihre Militärbasen in Westasien wurden schwer beschädigt und Israels „Iron Dome“ ist wie ein Kartenhaus zusammen gefallen. Dazu sehen sich die USA mit Vorwürfen von Kriegsverbrechen konfrontiert. Mehr als 3000 Menschen sind ums Leben gekommen, davon 2100 Kinder. Die Intervention wird eh von den meisten Ländern der Welt als „völkerrechtswidrig“ betrachtet. So auch von Bundespräsident Steinmeier in seiner Rede an die Nation. Dagegen will Bundeskanzler Merz Putin in Europa schlagen und dafür „belehren wir unsere Partner nicht hinsichtlich ihrer militärischen Schläge gegen Iran.“ Und weiter: „Völkerrechtliche Einordnungen werden dabei relativ wenig bewirken.“ Merz spricht von der Bereitschaft „grundlegende Interessen notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen.“ Interessen sind Rohstoffe, Energiereserven, die Hegemonie der USA und „Großisrael.“ Merz erhebt also Interessendurchsetzung per Krieg zum politischen Grundsatz: Das Gewaltprinzip an Stelle rechtlicher Vermittlung, von Anerkennung der Interessen anderer, von Kooperation und Diplomatie: Wer siegt, hat recht! Verträge müssen nicht eingehalten werden! Merz macht Deutschland vom einstigen Vasallen zum Komplizen des USA-Imperialismus. Die US-Airbase Ramstein ist Informationsschnittstelle und Nachschubstützpunkt für die US-amerikanische und die israelische Armee.

Diese „koloniale Laune“ und „Black-Rock-Mentalität“ in Washington, Jerusalem und Berlin wird uns allerdings die größte Wirtschaftskrise aller Zeiten bescheren. Wir merken das schon an der Zapfsäule. Die globalen Energiemärkte werden Monate benötigen, um sich nach dem Krieg gegen Iran zu erholen. Die Wiedereröffnung der Straße von Hormus wird keine sofortige Wirkung haben.

S.Krapiwnik, ehemaliger US-Offizier, Geopolitik- und Militärexperte, hat vor einer Hungersnot gewarnt, die noch in diesem Jahr in Europa ausbrechen könnte. So erklärte er letzten Freitag: der jetzt im Mittleren Osten angerichtete Schaden an Öl- und Gasförderanlagen werde nicht schnell zu beheben sein. Es werde auch im besten Fall Monate, vielleicht sogar Jahre dauern, bis die Vorkriegskapazität an Lieferungen von Flüssiggas, Öl, Ölprodukten und besonders Dünger aus der Region wiederhergestellt werden kann.

Aktuell sind 20 bis 25 Prozent des weltweiten Angebots dieser Produkte schon weggefallen. Realistisch sei eine Wiederaufbauphase von zwischen anderthalb und zwei Jahren ab Kriegsende.

Die Krise wirkt sich jetzt schon verheerend aus in Süd-Ost-Asien.

Wie wird das bei uns? Die ins Unermessliche steigenden Ausgaben für Militär und

Kriegswirtschaft, die Konfrontation mit Russland und der Stellvertreterkrieg in der Ukraine lassen uns auch so schon verarmen. Der Sozialstaat wird ins Lächerliche gezogen und für nicht finanzierbar erklärt. Sozialstaatlichkeit korrespondierend mit Rechtsstaatlichkeit ist aber Grundgesetz, ist **die Definition der Bundesrepublik Deutschland**. Und das heißt: der Staat als Exekutive muss die Daseinsvorsorge der BürgerInnen gewährleisten über die Finanzverwaltung. Seine Ausgestaltung ist gesellschaftliche Aufgabe, der Staat darf nicht eingreifen, weder bei sozialen noch demokratischen Rechten. Bürgerrechte haben immer Vorrang vor Kapitalinteressen.

Ein an Frieden orientierter Sozialstaat sollte seine politische Agenda wie folgt gestalten:

- **Treibstoffpreise sofort reduzieren und deckeln bei € 1,70**
- **Öl-, Gas- und Stromkonzerne vergesellschaften, unter demokratische Kontrolle stellen**
- **Verbrauchssteuern wie Mehrwert-, Mineralöl- und CO2-Steuern ganz abschaffen**
- **eine wirksame Mietpreisbremse einführen, qm-Preis bei € 8,- deckeln**
- **Immobilien- und Baukonzerne vergesellschaften, unter demokratische Kontrolle stellen**
- **Preise für Grundnahrungsmittel deckeln z.B. 1 kg Brot € 1,-**
- **nur eine Krankenkasse für Alle! Bürokratischen Wasserkopf abbauen, gesellschaftliche Verwaltung**
- **gesellschaftliche Verwaltung der Rentenkasse, eine Rente für Alle**
- **gesellschaftliche Verwaltung der Arbeitslosenversicherung**
- **Kostenlose Kommunikation d.h. Post- und Fernmeldewesen, freies Internet für Alle**
- **Öffentlicher Personenverkehr, Nah- und Fernverkehr kostenlos**
- **Hohe Besteuerung großer Vermögen sowie Einkünfte aus Kapitalanlagen**

Dies sind nur einige der Anforderungen, die ein demokratischer und sozialer Bundesstaat erfüllen müsste.

So würde sich, zumindest nach unseren Vorstellungen, ein Sozialstaat verhalten und die Daseinsvorsorge entwickeln, nach Maßgabe der Legislative, des Souveräns. Und: ein solcher Sozialstaat ist auch bezahlbar. Man kann das leicht ausrechnen.

Ein Friedensstaat Deutschland hätte gute diplomatische Beziehungen zu allen Ländern der Welt, hätte hohes Ansehen und wäre ein geachteter Partner im fairen Handel.

Also: Weg mit dieser Regierung! Raus aus NATO und EU! Demilitarisierung und Neutralität sind das Gebot der Stunde!

Eine neue Sicherheitsarchitektur und Verbot aller Atomwaffen muss her! Deutschland wird von Niemandem bedroht. Deutschland (damals BRD und DDR) hat bei der Schaffung der KSZE 1975 gezeigt, dass es Diplomatie kann!

*Ich interessiere mich
für die DKP*



*Ich möchte in der
DKP mitarbeiten*



Infos an die im Impressum genannte Adresse!

ViSdP: DKP Heidenheim, W. Benz,
Schumannstr 3, 89518 HDH
wilhelm.benz@dkp-heidenheim.de
dkp-heidenheim.de
Spendenkonto - KSK-Heidenheim
DE03 6325 0030 0000 4139 03